



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Schon 2.800 Unterstützungserklärungen FÜR EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN!

Weitere rund 7000 nötig.

Täglich erhalten wir aus vielen Teilen Österreichs gemeindeamtlich bestätigte Unterstützungserklärungen für das überparteiliche EU-Austritts-Volksbegehren. Es ist für uns oft sehr berührend, dabei zu erleben, daß auch Bürger in kleinen Gemeinden, von denen wir trotz guter Kenntnis unserer schönen Heimat aufgrund langjähriger Aktivitäten in allen Bundesländern nicht einmal gewußt haben, daß es diese gibt, in ihren Gemeindeämtern vor den Beamten für den Austritt aus der EU unterschreiben. **Wir danken allen**, die dies tun, und hoffen, daß es noch viele mehr werden - auch in den großen Städten!

Bitte verbreiten Sie das Volksbegehren weiter im Rahmen Ihrer Möglichkeiten: durch Weitergabe des Infoblattes samt Unterstützungserklärung an möglichst viele Ihrer Bekannten per Briefpost oder E-mail, auf Internet-Kanälen, durch Mundpropaganda usw. Wir bitten auch alle „Wegwarte“-Empfänger, die noch nicht am Gemeindeamt unterschreiben

waren, dies **so rasch wie möglich nachzuholen!** Zu diesem Zweck enthält diese „Wegwarte“ wieder das rot-weiß-rote **Infoblatt zum Volksbegehren** samt Unterstützungserklärung auf der Rückseite (absichtlich ohne Seiten-Numerierung). Alle, die schon ab März 2013 „neu“ unterschrieben haben, werden hiermit gebeten, dieses Info-Blatt zur Weiterverbreitung zu verwenden. Es kann kopiert werden oder bei uns in beliebiger rot-weiß-roter Anzahl angefordert werden.

Zur **Einleitung** eines Volksbegehrens benötigt man **an die zehntausend** gemeindeamtlich bestätigten Unterstützungserklärungen, die beim Innenministerium eingereicht werden müssen. **Mehr als ein Viertel davon** haben wir binnen drei Monaten von Bürgern aus allen „Lagern“ freiwillig und aus persönlicher Überzeugung erhalten. Die gesetzlich vorgegebene Frist dafür läuft **bis**

Ende 2014, also konkret bis zum 10. Dezember **des nächsten Jahres**. Das wissen auch alle über dreitausend Gemeindeämter in Österreich, die von uns entspr. schriftlich informiert wurden. Der Abteilungsleiter für Wahlen und Volksbegehren im Innenministerium, Min.R. Mag.Robert STEIN, hat uns per E-mail vom 20.3.2013 **schriftlich zugesichert**, daß der auf jeder Unterstützungserklärung aufscheinende Text des EU-Austritts-Volksbegehrens **„gesetzeskonform“** ist.

Der Austritt aus der EU ist nicht nur gemäß **österreichischem** Recht gesetzeskonform, sondern auch **gemäß EU-Recht**. Im „Lissabon-Vertrag“, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, ist der Austritt aus dieser EU im Artikel 50 eindeutig geregelt; wir berichteten darüber im Detail in früheren „Wegwarte“-Ausgaben. Darin ist kein Wort enthalten, daß der Austritt etwas - und schon gar nicht Milliarden! - kosten würde.

Wir brauchen ein neues Wirtschaftssystem!

Seiten 5 - 7

Diese durch nichts begründete Des-Information ist Teil der durch viele Massenmedien gestützten Manipulation der Wahrheit, die eben eine ganz andere ist. Nach dem Austritt aus der EU werden wir wieder „Herr im eigenen Haus“ sein, können **bilaterale Handelsverträge** mit allen anderen Staaten mit gegenseitigen Pflichten und **Rechten** (welche haben wir heute?) abschließen wie vor dem EU-Beitritt, die noch immer völkerrechtlich einwandfrei abgesicherte NEUTRALITÄT wirklich leben, und sind nicht mehr gezwungen, „logistische Unterstützung“ des österreichischen Bundesheeres für EU- und NATO-befohlene Auslandseinsätze (von Afghanistan bis Mali) zu leisten.

*Inge Rauscher,
im Namen des überparteilichen Personenkomiteés für
das EU-Austritts-Volksbegehren.*

KURZFILM ZUM VOLKS- BEGEHREN:

Am 29. April kam bei einem der vielen Aktionstage, diesmal in Wien-Floridsdorf vor'm Schnellbahnhof, zufällig ein Filmer vorbei, der unsere dortige Arbeit und Zielsetzung interessant fand und deshalb spontan einen Kurzfilm (etwas über fünf Minuten) darüber „live“ aufnahm und ins Internet stellte. Fast vier-tausend Menschen aus Nah und Fern haben diesen Film „angeklickt“ und wir erhielten zahlreiche, fast nur positive Reaktionen darauf. Der Filmer, Ernst Gruber, betreibt eine viel besuchte Internet-Seite unter www.inseltv.at und hat „unseren“ Film (auch auf www.eu-austritts-volksbegehren.at), für den er kein Honorar verlangte, auch auf **youtube** gestellt. Die Reaktionen reichten bis nach Rußland!

Frank Stronach: Das Versagen des Kapitalismus mit noch mehr Kapitalismus zudecken?

Die Rolle der Stronach-Partei in der Politik wurde von langer Hand vorbereitet. Schon seit Jahren wurden vom Wähler abgestrafte Spitzen-Politiker im Magna-Konzern „weiterverwendet“: Von Vranitzky über Gusenbauer, Grasser, Reichhold, Westenthaler usw. **„In der Politik gibt es keine Zufälle!“** Durch Jahre hindurch veröffentlichte die „Kronen-Zeitung“ einen groß aufgemachten wöchentlichen Artikel von Stronach, seit einiger Zeit hat er auch eine wöchentliche, „redaktionelle“ Kolumne in der „Ganzen Woche“. Sein Bekanntheitsgrad wurde also über Jahre von den großen Medienkonzernen aufgebaut. Diese sind auch die Hauptnutznießer der Stronach-Partei, kassieren sie doch einen beträchtlichen Teil seiner Milliarden für großflächige Inseratenkampagnen. Den Wählern wird suggeriert, daß jetzt ein neuer „Wunderwuzzi“ die Bühne betritt, der „alles richten wird“. Das hö-

ren viele gern in der (trügerischen) Hoffnung, daß jetzt ein „Mächtiger“ als sie selbst ihnen das Ringen um eine bessere Zukunft abnimmt. Das ganze Auftreten von „Frank“, dem „großen Wohltäter aus Amerika (Kanada)“ - ein noch heute oft bedientes Klischee aus den Filmen der Besatzungszeit, ist **auch** ein Experiment, inwieweit der „Ruf nach dem starken Mann“ bereits zieht.

Der große Aufklärer Immanuel Kant hat schon vor mehr als zweihundert Jahren einer solchen Strategie ein ganz anderes, menschenwürdigeres Ziel entgegengesetzt: „Sapere aude“, d.h. **„Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“** Das ist die wahre Grundlage einer Demokratie, in der die Bürger nicht mehr Befehlsempfänger des „großen Geldes“ sind, sondern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Besonders **in der Frage**

der EU-Mitgliedschaft ist vom Konzernboss „Frank“ keinerlei Abhilfe zu erwarten. In seinem Parteiprogramm heißt es dazu genau wie bei ÖVP und SPÖ: „Wir sind für ein starkes Europa.“ Und genau dafür wird „Frank“ ins Rennen geschickt: für den Machterhalt von ÖVP (siehe Niederösterreich und Salzburg) und SPÖ (siehe Kärnten).

Ein besonderes Kapitel ist auch die hochgepriesene **„Mitarbeiterbeteiligung“** am Gewinn des Konzernbosses. Die Milliarden, mit denen jetzt nicht nur Massenmedien, sondern auch Parteifunktionäre aller Couleurs und Wähler für das „Team Stronach“ (angeblich nicht) gekauft werden, haben die Arbeiter und Angestellten von „Frank“ erarbeitet. Hätten diese wirklich einen fairen Anteil am Gewinn erhalten, wäre „Frank“ heute nicht Milliardär und könnte eben nicht die halbe Republik kaufen....

AUSTRITT aus der EU

Überparteiliches

VOLKSBEGEHREN

Weil Österreichs Bürger nicht länger als **Melkkuh** für die „Rettung“ des **TEURO** und der Banken-Mißwirtschaft erhalten wollen!

Immer höhere Milliardenzahlungen für „Brüssel“ - das Faß ohne Boden - bedeuten eine kalte **Enteignung** der Bürger-Einkommen. Stattdessen Wieder-Eintritt in die funktionierende und sparsame **EFTA** zur Regelung der Handelsbeziehungen.

Weil echte **NEUTRALITÄT** jegliche Mitwirkung an einem Militärpakt wie der EU-Armee (mit ihrem Naheverhältnis zur NATO) ausschließt - siehe Schweiz.

Weil wir nicht Mitglied der **ATOMMACHT EU** bleiben und für diese auch nicht weiter zahlen wollen (EURATOM-Vertrag!).

Weil das oberste Prinzip der EU - der **grenzenlose**, völlig ungezügelte **FREIHANDEL** - nur den Konzerninhabern dient zum **Schaden** von Volkswirtschaften, Natur und Gesundheit!

Folgen: Verfall der Löhne, Gehälter und Pensionen, Verlust der örtlichen Nahversorgung, Lebend-Tiertransporte über riesige Entfernungen, kein (Einfuhr-) Schutz vor genmanipulierten Substanzen.

Weil mit dem **Lissabon-Vertrag**, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, die wichtigsten Prinzipien jeglicher **DEMOKRATIE** (zum Beispiel die Gewaltenteilung) **ausgeschaltet** wurden. Nicht gewählte Kommissare bestimmen, das EU-„Parlament“ hat **keine** Gesetzgebungsbefugnis.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem **amtlichen Lichtbildausweis** (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das **Gemeindeamt** bzw. **magistratische Bezirksamt** Ihres Hauptwohnsitzortes gehen.
2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung **vor dem Beamten unterschreiben** und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Sobald mindestens 8.460 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Wer sind die Betreiber des Volksbegehrens?

Ein überparteiliches Personenkomitee aus langjährigen Trägern und Mitarbeitern unabhängiger Bürgerinitiativen: **Inge RAUSCHER**/Initiative Heimat & Umwelt, **Helmut SCHRAMM**, Angestellter, **Dr. Franz-Joseph PLANK**/Tierschutzorganisation Animal Spirit, **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin, **Mag. Markus LECHNER**, Finanzbeamter i.R., **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin, u.v.a. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom früheren parteifreien Justizminister **Hans Richard KLECATSKY**, Universitätsprofessor für öffentliches Recht in Innsbruck, und der Wiener Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI**, spezialisiert auf Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Kontaktadresse: Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, ihu@a1.net.

www.eu-austritts-volksbegehren.at

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

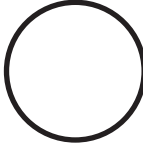
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.		[Allfällige Kurzbezeichnung]
			EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen		
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)	
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift		

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindesiegel	Unterschrift	
			

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Wir brauchen ein neues Wirtschaftssystem!

Erkenntnisse eines Wegwarte-Lesers aus der Steiermark, gewonnen aus seiner langjährigen beruflichen Tätigkeit als Techniker an einer Schnittstelle von Industrie und Forschung.

1) Warum das herrschende Weltwirtschaftssystem zur Zerstörung der Lebensgrundlagen für alle höheren Lebewesen führen muß.

Zu den tragenden Säulen dieses Weltwirtschaftssystems gehören:

- a) Freier Kapital- und Warenverkehr
- b) Grenzenloser Freihandel
- c) Unbegrenzttes Wirtschaftswachstum
- d) Gewinnmaximierung
- e) Maximale Konkurrenz im Sinne des sogenannten Sozialdarwinismus (dieser wird von Beobachtungen der Tierwelt abgeleitet, in der sich nur die stärksten Männchen durchsetzen und für Nachwuchs sorgen können. Leider hat man übersehen, daß Tiere ohne Maschinen um die Vorherrschaft kämpfen, die ein Vielfaches der Zerstörungskraft natürlicher Wesen haben).

Durch den grenzenlosen Freihandel sind Hochlohnländer gezwungen, mit Niedriglohnländern zu konkurrieren. Das können sie aber nur, wenn sie **leistungsfähigere Maschinen** haben. Durch den freien Waren- und Kapitalverkehr kann jedoch niemand einen Investor daran hindern, modernste Maschinen

in Niedriglohnländern zu installieren. Das führt zwangsläufig zu einer zunehmenden **Automation der Warenproduktion**. Will man Massenarbeitslosigkeit vermeiden, muß man immer kurzlebige Produkte erzeugen.

Folgen dieser Entwicklung sind:

- a) **Immer höherer Energie-, Raum- und Rohstoffbedarf pro Beschäftigten für den Broterwerb:** Für Verkehrs- und Bauflächen werden derzeit in Österreich **pro Tag** rund 15 Hektar (inklusive Sport- und Abbaufächen ca. 25 Hektar = 250.000 m²) Grünland verbaut.
- b) Immer schnellere Sättigung des Marktes, wodurch der Zwang entsteht, in immer kürzeren Abständen überflüssige, sinnlose Dinge kreieren zu müssen, um die leistungsfähigen Produktionseinrichtungen auslasten zu können.
- c) Zunehmende Verseuchung der Mitwelt und des Weltraums mit Technikabfällen.

d) Rohstoff-Kriege

Letzter Ausweg: Bedarfsdeckung durch absichtliche Zerstörung bestehender Werte = **Kriege**.

Da es auf einem begrenzten Planeten **nichts Unbegrenzttes** geben kann, muß dieser Weg, der zu allem Überfluß auch noch weltweit verbreitet werden soll, zum Ende der Menschheit führen. Diese Meinung vertreten auch viele ernst zu nehmende Wissenschaftler.

Warum brauchen wir überhaupt Menschen? Ich habe Kollegen, die schon seit vielen Jahren dabei sind, diese Frage zu beantworten. Und ihre Antwort lautet: Richtig, wir brauchen keine Menschen. Sie sind der Meinung, wir sollten es zu unserem Forschungsziel machen, die Menschen loszuwerden. (Zitat aus dem Buch: „Computermacht und Gesellschaft“ von Joseph Weizenbaum, einem kritischen Computer-Wissenschaftler, der über 40 Jahre am MIT-Institut gearbeitet hat.)

2) Welchen Vorgaben müßte ein Wirtschaftssystem genügen, das sieben bis zehn Milliarden Menschen ein menschenwürdiges Überleben auf dieser Erde dauerhaft ermöglichen soll?

1) Es soll mit dem **geringstmöglichen Aufwand** an Energie, Produktionsraum und Rohstoffen einen vertretbaren Wohlstand gewährleisten, ohne die Ökosysteme nachhaltig zu schädigen.

2) Konkurrenz sollte nur anregend wirken (wie das Salz in der Suppe) und nicht in einen regelrechten, **weltweiten Wirtschaftskrieg** ausarten wie derzeit, der durch die

erzwungene Automatisierung immer höhere Überproduktionen schafft, der letzten Endes in einem echten Zerstörungskrieg endet, um wieder neuen Bedarf zu erzeugen.

3) **Geld** muß auf seine ursprüngliche Funktion als **universelles Tauschmittel** zurückgeführt werden. Es darf nur so viel Geld im Umlauf sein, wie durch Gegenleistungen in Form von Gütern oder

Dienstleistungen vorhanden sind. Der Lebensraum von sieben bis zehn Milliarden Menschen kann kein Casino sein, in dem mit Menschenschicksalen gespielt wird (global player)!

4) **Freihandel** dürfte es nur zwischen Völkern geben, die unter den **gleichen Voraussetzungen** arbeiten (örtliche Gegebenheiten, Sozial- und Umweltschutzgesetzge-

bung etc.). Ein Bergbauer kann niemals mit einer industriellen (bodenzerstörenden) Landwirtschaft in der Ebene konkurrieren.

5) Mit umweltschädlichen **Abfällen** dürfte kein Außenhandel betrieben werden, wie das heute u.a. mit dem Export von Elektronikschrott nach Afrika oder Indien geschieht. Das erfordert die Produktion **langlebiger, reparierbarer Güter**.

6) Die Entsorgungskosten für technische Produkte müßten **im Kaufpreis enthalten** sein. Jeder Staat mußte mit seinen Abfällen selber fertig werden.

7) Es dürften nur technische Verfahren zugelassen werden, die einschließlich ihrer Rückstände **versichert werden können** (die Nutzung der Atomenergie wäre damit von vornherein nicht möglich gewesen). Wahrscheinlich würde es auch keine Versicherung wagen, die Kosten für mögliche langfristige Folgen der Gentechnik zu übernehmen.

8) **Der freie Kapitalverkehr ist abzuschaffen**. Erstens, weil er zu Auslagerungen von Produktionsstätten führt, und zweitens, weil große Konzerne auf diesem Weg immer mehr Einfluß auf die Politik des Gastlandes haben.

9) **Transporte** müßten viel höher, entsprechend ihrem Anteil am Klimawandel, **besteuert** werden. Die Steuerfreiheit von Schiffsdiesel und Kerosin (Flugbenzin) fördert unnötige Überlandtransporte.

10) Die Industrie ist **zugunsten der gewerblichen Wirtschaft** zurückzudrängen, weil sie pro Beschäftigten viel mehr Energie, Raum und Rohstoffe braucht als Handwerk und Gewerbe und riesige Überschüsse produziert, die die Ökosysteme belasten, ohne den Menschen Glück und Zufriedenheit zu bringen.

Wie kann man diese Ziele erreichen?

Dazu müßte die künstliche Bedarfsweckung, die künstliche Obsoleszenz (bewußte Lebenszeit-

verkürzung technischer Produkte) und der **weltweite Handel mit gleichartigen Massengütern verboten** oder durch Zölle bzw. angemessene Transportsteuern (die auch die Umweltbelastung berücksichtigen) so unattraktiv gemacht werden, daß man freiwillig darauf verzichtet. Technische Erzeugnisse müßten langlebig sein und so konstruiert und gebaut werden, daß sie mit einem vertretbaren Aufwand repariert werden können. Dies müßte durch die Verknüpfung der Mehrwertsteuer mit der Garantiezeit (je kürzer die Garantiezeit, desto höher die Mehrwertsteuer) und der Umlage der Steuern von der Arbeit zu den Produktionsmitteln zu erreichen sein. **Das würde viele dezentrale Arbeitsplätze mit relativ geringer Ausrüstung schaffen und gleichzeitig den Verkehr dezimieren. Zusätzlich würde das Land weniger entvölkert werden. Das alles bedeutet: Was wir in erster Linie brauchen, ist nicht die Energiewende, sondern eine rigorose Geisteswende.**

Hans Peter Dürr, der Amtsnachfolger Heisenbergs als Institutsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik in München, schreibt in seinem Buch „Das Netz des Physikers“: *In diesem Zusammenhang müssen wir erkennen, daß es in der Energiefrage – ähnlich wie auch bei ökologischen Fragen – eine versorgungsorientierte und eine verträglichkeitsorientierte Strategie gibt. Bei der versorgungsorientierten Strategie betrachtet sich der Mensch ganz selbstverständlich als die „Krönung der Schöpfung“, dem es „natürlich“ zusteht, seine Mitwelt zu seinen vollen Gunsten zu nutzen, besser: „auszubeuten“, um seine immer wachsenden „Bedürfnisse“ – oder sollte man besser sagen: seine ungehemmten Begierden? – zu befriedigen. Je nach der Einstellung dieses Herrenmenschen werden die unterprivilegierten Mitmenschen in größerer und kleinerer Zahl zu dieser auszubeutenden Mitwelt gerechnet. Bei der verträglichkeitsorientierten Einstellung betrachtet sich der Mensch als Teil eines große-*

ren, empfindlichen und verletzlichen Organismus, der Biosphäre der Erde oder gar der ganzen Erdkruste, in die er auf Gedeih und Verderb eingebettet ist. Wichtig für sein Verhalten ist, was diesem Organismus zugemutet werden kann, ohne ihn ernsthaft zu schädigen. Dies ist eine ökologische Betrachtungsweise, eine Weiterentwicklung des Humanismus! Hier stellen sich Grundfragen: Wie wollen, wie können wir zukünftig leben? Was heißt dabei „wir“? Ist nicht die Menschheit eine einzige Schicksalsgemeinschaft? Verlangt dies nicht eine umfassende Solidarität, die nicht gegen die Natur gerichtet ist, sondern diese mit einbezieht?

Und der Philosoph Hans Jonas schreibt in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung“: *Ein weiterer Aspekt der erforderlichen neuen Ethik der Verantwortung für eine entfernte Zukunft und der Rechtfertigung vor ihr ist der Erwähnung wert: Der Zweifel an der Zulänglichkeit repräsentativer Regierung, nach ihren normalen Grundsätzen und mit ihrem normalen Verfahren den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Denn diesen Grundsätzen und Verfahren gemäß bringen sich nur „gegenwärtige“ Interessen zu Gehör und machen ihr Gewicht geltend und erzwingen Berücksichtigung. Ihnen sind öffentliche Autoritäten Rechenschaft schuldig, und dies ist die Art und Weise, wie die Respektierung von Rechten konkret zustande kommt (im Unterschied zu ihrer abstrakten Anerkennung). Die „Zukunft“ aber ist in keinem Gremium vertreten; sie ist keine Kraft, die ihr Gewicht in die Waagschale werfen kann. Das Nichtexistente hat keine Lobby und die Ungeborenen sind machtlos. Somit hat die ihnen geschuldete Rechenschaft vorerst noch keine politische Realität im gegenwärtigen Entscheidungsprozess hinter sich, und wenn sie sie einfordern kann, sind wir, die Schuldigen, nicht mehr da.*

Diese beiden Aussagen sollten **Grundlagen für ein neues zu**

entwickelndes Wirtschaftssystem sein. Ob diese geistige Kehrtwende gelingt, wird von dem Einsatz abhängen, den die Erfinder der „Spiel- und Spaßgesellschaft“ für das Wohl ihrer näheren und ferneren Nachkommen zu bringen bereit sind. Ich denke jedenfalls, daß uns die Natur in den letzten Jahren schon deutlich genug gezeigt hat, daß wir diese Schlacht gegen sie nicht gewinnen können. Ein verantwortungsbewußter Feldherr würde in einer solchen Situation einen geordneten Rückzug einleiten, um die Zahl der Opfer möglichst niedrig zu halten. Und das sollten wir auch tun.

Erschütternd ist für mich, daß den meisten Politikern, Wirtschaftsführern, Universitätsprofessoren sowie führenden Vertretern der diversen Religionsgemeinschaften sehr wohl bewußt ist, daß der derzeitige Weg direkt in die Katastrophe führt, sie aber die Mühe scheuen, gegen den Strom zu schwimmen.

Wie könnte eine solche Geisteswende gelingen?

Als Erstes mußten die Menschen über die Situation, in der wir uns befinden, **aufgeklärt werden**. Offiziell sind wir zwar eine Demokratie, in Wirklichkeit längst eine Wirtschaftsdiktatur. Ich bin überzeugt, würde ein führender Politiker heute rigorose Änderungen des Wirtschaftssystems fordern, ohne sich eines breiten Rückhalts in der Bevölkerung versichern zu können, wären seine Tage als Politiker sicher gezählt. Daher ist es eine unbedingte Voraussetzung, daß die **überwiegende Mehrheit der Bevölkerung** (weltweit) diese Geisteswende fordert und es eben nicht

bei der sie versklavenden „Regel“ von Frank Stronach und den Wirtschaftsbossen seines Schlanges bleibt, die da lautet: Wer das Geld hat, macht die Regel!

Weiters müßten sich die Universitätsprofessoren dazu bekennen, daß wir diesen Weg nicht ungestraft weitergehen können. Sie müßten den Studenten, den Politikern und den Wirtschaftsführern die tatsächliche Situation **offenbaren**.

Drittens müßten verantwortungsbewußte Denker mit breitem Horizont ein Rahmenprogramm erstellen, das dann Experten im Detail ausarbeiten müßten.

Dieser ganze Wandel kann sicher nur schrittweise und in kleinen Strukturen, den Nationalstaaten, durchgeführt werden. Megastrukturen wie die EU, die USA oder China sind sicher zu unflexibel, um Fehler schnell genug korrigieren zu können. In dieser Übergangszeit müßten sich Vorläuferstaaten mit Zöllen gegen unfaire Konkurrenz schützen dürfen.

Ich glaube nicht, daß wir noch Zeit für lange Spielereien haben, wenn es uns ein Anliegen ist, daß auch künftige Generationen noch menschenwürdig auf diesem Planeten

leben können sollen. Beginnen müßten damit die sogenannten hochentwickelten Industrienationen, die diese trostlose Situation geschaffen haben – also auch wir! Es bleibt zu hoffen, daß weltweit viele Menschen den Ernst der Lage erkennen und bereit sind, ehrlich an diesem Monsterprojekt zu arbeiten.



Halt- und Hilfe gibt dem Wetterbaum sein Wurzelraum. Und wenn des Sturmes Urgewalt den Wipfel brach, treibt durch der Wurzeln Lebenskraft ein Ast empor, ein Wetterwipfel wie zuvor. So kann sein Schicksal jeder überwinden, dem es gelingt, die Hilfe in sich selbst zu finden.

Grafik aus dem Mitteilungsblatt der Förderungsgemeinschaft für gesundes Bauerntum vom Mai 2013.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsetrate!

Info-Stand-Aktionstage

Seit dem Neustart des Volksbegehrens Mitte März wurden von Mitarbeitern und Freunden der IHU rund 30 Aktionstage dafür auf belebten Hauptplätzen in Wien, Ober- und Niederösterreich sowie in der Steiermark durchgeführt. Stundenweise waren bei einem Teil der Aktionstage auch Notare bereit, Unterschriften von Bürgern direkt beim Info-Stand entgegenzunehmen (samt vorgeschriebener Ausweiskontrolle) zwecks späterer Beglaubigung jeder einzelnen in der Kanzlei (ebenfalls vorgeschrieben). Damit ersparen sich die Bürger den Weg zum Gemeindeamt/Magistrat. Von **19. Juni bis 11. Juli** werden wir fast täglich (an Werktagen) weitere Aktionstage in Linz und Wels, Bad Ischl, Salzburg-Stadt, Spittal/Drau, Villach, Klagenfurt und Graz durchführen, teilweise wieder mit Notaren. Die genauen Zeiten und Standorte können Sie der Internetseite **www.eu-austritts-volksbegehren.at** entnehmen. Im Herbst werden wir dann auch Aktionstage in Tirol und Vorarlberg durchführen. Für alle Aktionstage sind **weitere Helfer**, denen der Austritt aus der EU ein Anliegen ist, immer willkommen. Bitte einfach hinkommen und zwei/drei Stunden, wenn möglich auch länger, beim Informationen austeilten und Ansprechen von Bürgern mithelfen!

Wer trägt die Notarkosten?

Das ist nach wie vor das größte Problem unserer Arbeit. Viele Bürger - leider auch viele „Wegwarte“-Empfänger - sind nicht bereit, in ihrem Gemeindeamt/Magistrat für den Austritt aus der EU zu unterschreiben. Nur deshalb müssen wir Notare um (formale) Mitwirkung bitten. Die Kosten dafür sind für unabhängige Bürgerinitiativen (ohne Millionäre

oder Steuergelder im Rücken) hoch. Schon bisher mußten wir beim neuen Volksbegehren € 6.755,- (92.959,- ÖS) dafür aufbringen. Für die große Aktionsreise im Juni/Juli müssen wir dafür mit weiteren, rund € 5000,- (68.800,- ÖS) rechnen. Bitte helfen Sie uns, die wir alle ausschließlich ehrenamtlich für die Sache arbeiten, so große Beträge - zusätzlich zu den laufenden Kosten für Druck- und Versandkosten für Wegwarte/EU-Austritts-Infoblätter u.v.m. - zu schaffen. Das ist nur möglich, wenn dabei Viele zusammenhelfen. Ohne diese finanzielle Mitwirkung kann das EU-Austritts-Volksbegehren nicht zustandekommen!

Prof. Klecatsky zum Volksbegehren:

Sehr geehrte, liebe Frau Rauscher!

Wir alle, die wir die Europäische Union als ein Unglücksunternehmen größten Ausmaßes halten, haben Ihnen für Ihre langjährige mutige Aufklärungsarbeit zu danken!

Ihnen darin staatsbürgerlich herzlich verbunden -

Hans Richard Klecatsky,

parteilose(r) Justizminister a.D., Univ.Prof. für öffentliches Recht in Innsbruck, einer der ersten Unterzeichner des EU-Austritts-Volksbegehrens.



Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
5. Juni 2013

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

WEGWARTE 23. Jahrgang, Folge 4, Juni 2013
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer